



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Reformherbst und öffentliche Finanzströme

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.2003

In diesem Herbst der Reformen beginnen auch die Arbeiten der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesländern. Die Kommission soll Änderungen des Grundgesetzes ausarbeiten, um das Verhältnis zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen. Dass diese Kommission eine Mammutaufgabe zu bewältigen hat, steht außer Frage. Allein das Stichwort Mischfinanzierung lässt viele aufhorchen. Die Mischfinanzierung erfolgt sowohl auf der Ausgaben- wie der Einnahmenseite. Dieses System hat mittlerweile dazu geführt, dass sich keine föderale Ebene selbstständig aus der aktuellen Finanzkrise der öffentlichen Haushalte befreien kann. Die Städte und Gemeinden verspüren dies am deutlichsten. Jede Änderung in der Steuergesetzgebung schlug mittel- oder unmittelbar auf die gemeindlichen Kassen durch.

Die aktuellen Reformvorschläge sollen auf der einen Seite Entlastung für die Städte und Gemeinden bringen. Bei einer anhaltenden Wachstumsschwäche mit den entsprechenden Steuerausfällen wird auf der anderen Seite der Ruf nach finanzieller Kompensation für Bund und Länder laut. Erfolgt diese Kompensation beispielsweise über das System der Gemeinschaftssteuern, so finanzieren die Gemeinden diese Kompensation über die Steuerverbundmasse im kommunalen Finanzausgleich wieder mit. Das Arbeitslosengeld II, das durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entstehen soll, wird neben der finanziellen Belastung für den Bund dazu führen, dass jene kommunalen Finanzausgleichssysteme überprüft und angepasst werden müssen, in denen die Sozialhilfeausgaben als Bedarfs-

komponente im Ausgleichssystem rechnerisch enthalten sind.

Die finanziellen Be- und Entlastungen können räumlich zudem auseinander fallen. Sollte beispielsweise das Arbeitslosengeld II finanziell kompensiert werden durch einen höheren Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer, so werden die neuen Länder stärker be- als entlastet. Denn diese haben über die hohen Aufwendungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch die Bundesanstalt für Arbeit immer noch geringere Aufwendungen für die Sozialhilfe. Teilweise aufgefangen werden dürften diese Verluste wiederum durch erhöhte Zahlungen im Länderfinanzausgleich. Die Föderalismuskommission wird somit zunächst „Licht in dieses raumwirksame Geflecht“ der föderalen Finanzbeziehungen bringen müssen.

Das Raumordnungsgesetz ist in diesem Kontext sehr hilfreich. Denn es führt im § 21 u. a. aus: „Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erstattet in regelmäßigen Abständen gegenüber dem für Raumordnung zuständigen Bundesministerium zur Vorlage an den Deutschen Bundestag Berichte über die räumliche Verteilung der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft im Bundesgebiet ...“ Im Rahmen der Arbeiten zum Raumordnungsbericht 2004 hat das BBR eine Zeitreihe entsprechender „raumwirksamer Fachpolitiken“ von 1991 bis 2002 aufbereitet.

Besondere Bedeutung kommt dabei folgenden Ausgabebereichen zu, da sie unmittelbar Einfluss auf die Entwicklung in den Teilräumen Deutschlands nehmen:

Das BBR gibt mit den Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.2003 „Regionale Verteilungsmechanismen öffentlicher Finanzströme“, einen Überblick über die wesentlichen Mischfinanzierungsprogramme sowie finanziellen Ausgleichssysteme.

Inhalt:

- Öffentliche Finanzströme
- Wohneigentumsbildung
- Neue Urbanität auf alten Bahnflächen
- Stadtumbau West
- 3stadt2 – Halbzeitbilanz
- Neuer Internetauftritt: ExWoSt



Das Heft kann beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von
5,00 Euro (zzgl. Versand)
bezogen werden.

Ansprechpartner:

Dr. Markus Eitges
Referat I 4 „Regionale
Strukturpolitik und
Städtebauförderung“
Tel.: 018 88 – 401 23 38
Fax: 018 88 – 401 23 46
E-Mail:
Markus.Eitges
@bbr.bund.de

- **Finanzausgleichspolitik:** Dieser Politikbereich greift unmittelbar in das Finanzgefüge zwischen den Ländern (Länderfinanzausgleich) oder den Gemeinden (kommunaler Finanzausgleich) ein.
- **Regionale Wirtschaftspolitik:** Dieser Politikbereich will die unternehmerische Arbeitsplatzbasis in strukturschwachen Regionen stärken und großräumige Unterschiede in der Wirtschaftskraft ausgleichen.

Allerdings haben auch andere Fachpolitiken raumwirksamen Charakter, auch wenn dieser nicht unmittelbar auf der Grundlage eines räumlichen Bezugssystems zum Tragen kommt. Zu nennen sind vor allem die

- **Arbeitsmarktpolitik**, deren Maßnahmen finanzausgleichend wirken;
- **Stadtentwicklungspolitik** mit ihrer gezielt städtischen Ausrichtung sowie
- **die Agrarpolitik** mit ihrer besonderen Verantwortung für die ländlichen Räume.

Neben der Frage, wie viel Geld die Länder und Regionen erhalten, ist die Frage zu beantworten, über welche Verteilungsmechanismen das Geld an die Länder und Regionen kommt. Gerade diese Mechanismen sind von entscheidender (raumordnungs)politischer Bedeutung. Daher werden Bund-Länder-Besprechungen in der Regel an diesem Punkt kontrovers diskutiert, sei die zu verteilende Summe noch so klein. Noch schwieriger wird es, wenn ein einmal gefundener Schlüssel geändert werden soll und dies zwangsläufig mit Gewinnern und Verlierern einhergeht. Daher wird ein einmal im Kompromiss entwickelter Schlüssel selten geändert. Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass die Mischfinanzierungstatbestände aufgrund ihrer Beharrungstendenz aktuell auf dem Prüfstand stehen. Zwar beklagen die Länder die starken Einflussmöglichkeiten des Bundes auf ihre Landespolitik, dennoch ist die Abhängigkeit der 16 Länder untereinander ein nicht weniger schwerer Ballast bei den notwendigen Reformen.

Zu den komplexesten Finanzverteilungs-algorithmen zählt das System des Länderfinanzausgleichs. Mit Artikel 107 Abs. 2 Satz 1 „Durch das Gesetz ist sicherzustellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird; hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu berücksichtigen“ wird ein regelrechtes „Feuerwerk“ von Berechnungen ausgelöst, an dessen Ende ein regionaler Steuerkraftausgleich zwischen den Ländern steht.

Ohne dieses zentrale Instrument der Raumordnung wäre das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland nicht zu erreichen. Nicht *ein* Schlüssel liegt diesem System zugrunde, sondern eine Vielzahl, mit denen nicht zuletzt (raumordnungs)politische Zielvorstellungen ausgedrückt werden sollen. Experten wussten es schon immer, dass neben dem „organisierten“ Finanzausgleich mit den Transferleistungen über die Bundesanstalt für Arbeit (BA) ein erheblicher Beitrag zum Finanzausgleich besteht. Die stärkste Komponente ist wegen der völlig ungleichen Arbeitsmarktchancen der Nettotransfer von West nach Ost. Dieser Transfer stützt sich auf die Beitragseinnahmen aus Regionen mit relativ günstiger Beschäftigungsentwicklung und geringerer Arbeitslosigkeit. Insgesamt addieren sich die Nettotransfers über die BA an Empfängerregionen in diesem Jahr auf etwa 14 Mrd. Euro.

Das Grundgesetz sieht ferner bei den Gemeinschaftsaufgaben und den Finanzhilfen eine Mitfinanzierungskompetenz des Bundes gegenüber den Ländern vor. Darüber hinaus enthalten im Rahmen des Regionalisierungsgesetzes die Länder Zuwendungen vom Bund. Bemerkenswert an den finanziell bedeutsamen Investitionshilfen nach 104a Abs. 4 „Sozialer Wohnungsbau“, „Städtebauförderung“ sowie „Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz“ ist, dass zum einen drei stadtorientierte Instrumente (in einem Ministerium) nebeneinander bestehen und zum anderen diesen auch noch drei verschiedene Finanzverteilungsschlüssel zugrunde liegen. Der einfache Einwohnerschlüssel (sozialer Wohnungsbau) kommt genauso zum Zuge wie eine Mischung aus Einwohner und Wohnungen und wie ein komplexer Verteilungsalgorithmus mit „Einwohnerveredelung“ bei der Verteilung der Finanzmittel im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes.

Eine Raumentwicklungspolitik ist vor dem Hintergrund dieser vielfältigen „Verschlüsselung“ der öffentlichen Finanzströme gut beraten, nicht nur unter dem Leitmotiv „Koordination durch Information“ Transparenz in dieses System zu bringen, sondern auch selbst eigene Vorstellungen für raumfreundliche Verteilungsschlüssel zu entwickeln. Das BBR gibt mit dem Heft 5.2003 „**Regionale Verteilungsmechanismen öffentlicher Finanzströme**“ einen Überblick über die wesentlichen Mischfinanzierungsprogramme sowie finanziellen Ausgleichssysteme.

Wohneigentumsbildung

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2003

Die Bedeutung des Wohneigentums ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen und nimmt auch zukünftig eine wichtige Rolle in der Wohnungs-, Vermögens- und Sozialpolitik ein. Jahrzehntlang wurde dies durch eine entsprechende Wohneigentumsförderung des Bundes, der Länder und der Gemeinden unterstützt. Aufgrund der derzeitigen Konsolidierungszwänge der öffentlichen Haushalte stehen diese Fördermaßnahmen nunmehr verstärkt auf dem Prüfstand, so dass eingehende Analysen zu Wirkungsweisen der Förderinstrumente und Handlungsstrategien der Akteure zunehmend erforderlich sind.

Zudem hat sich der deutsche Wohnungsmarkt in den letzten Jahren in viele unterschiedlich ausgeprägte Wohnungsmärkte ausdifferenziert, deren Folgen auch auf dem Wohneigentumsmarkt zu spüren sind. Diese veränderten Bedingungen stellen neue Anforderungen an die Marktteilnehmer: Während in wachsenden Regionen das Angebot weiterhin ausgeweitet werden sollte, steht in stagnierenden bzw. schrumpfenden Räumen die qualitative Bestandserhaltung neben einer städtebaulich vernünftigen Steuerung der Rückbauprozesse im Blickpunkt.

Das vorliegende Heft greift ausgewählte Aspekte auf europäischer bis hin zur kommunalen Ebene zum Thema Wohneigentum auf. Hierzu zählen Ursachen und Rahmenbedingungen der unterschiedlichen Eigentumsquoten im europäischen Vergleich, Diskussionen ausgewählter Reformvorschläge zur Eigenheimzulage, Finanzierungsstrukturen der Wohneigentumsbildung, kommunale Handlungsansätze zur Förderung der Wohneigentumsbildung sowie die Eigentumsbildung von Migranten.

Auf der europäischen Ebene werden die Ursachen der unterschiedlichen Wohneigentümerquoten in verschiedenen Staaten untersucht. Innerhalb Europas besteht eine breite Spreizung der Eigentümerquoten: In einer internationalen Untersuchung werden anhand von ökonomischen Modellen und qualitativen Untersuchungsansätzen die relevanten Einflussfaktoren analysiert, um plausible Erklärungsansätze für diese unterschiedliche Entwicklung zu finden.

Die Erhöhung der Wohneigentumsquote in Deutschland wird seit 1996 durch die Eigenheimzulage gefördert. Konsolidierungszwänge der öffentlichen Haushalte erfordern jedoch drastische Einsparungen, die unter anderem durch Einschränkungen der Eigenheimzulage vorgenommen werden sollen. Daher werden in einem weiteren Beitrag ausgewählte Reformvorschläge erstmals mittels empirischer Daten hinsichtlich ihrer sozialen und räumlichen Auswirkung analysiert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt liegt in den Finanzierungsstrukturen der Wohneigentumsbildung. In einer Längsschnittanalyse zwischen 1995 und 2002 werden die repräsentativen Befragungen privater Banken ausgewertet. Wichtiges Resultat der Analysen sind die positiven Auswirkungen der Eigenheimzulage auf die Eigentumsbildung bei den Schwellenhaushalten nach ihrer Einführung im Jahre 1996. Die neue Förderung hat teilweise dazu geführt, dass die Finanzierungsbelastungen auf das Niveau der Miete gesenkt werden konnten.

Auf der kommunalen Ebenen kämpfen viele Kernstädte in verschiedenen Regionen Deutschlands weiterhin mit Einwohnerverlusten. Vor allem die jungen einkommensstärkeren Haushalte kehren den Städten den Rücken, um ihre Wohnwünsche – sei es zur Miete oder im Eigentum – im Umland zu realisieren. Dieser Trend hat dramatische Folgen für die Siedlungs-, Sozial- und Finanzstruktur der Städte. Anhand verschiedener Beispielstädte werden Handlungsansätze, Strategien und Ziele der Förderung von Wohneigentum vorgestellt, die dieser Entwicklung erfolgreich entgegen wirken.

Im abschließenden Beitrag wird ein besonderer Fokus auf die integrativen Effekte der Wohneigentumsbildung durch Ausländer innerhalb der Städte gelegt. Am Beispiel von türkischen Migranten in Köln wird die Bedeutung für die räumliche und individuelle Eingliederung dargestellt.

Die Beiträge des vorliegenden Themenheftes zeigen, dass das Wohneigentum an Bedeutung zugenommen hat. Daher wird auch in den nächsten Jahren die Wohneigentumsbildung, insbesondere in speziellen Teilmärkten und räumlichen Betrachtungsweisen, vom BBR weiter beobachtet und analysiert.



Das Heft kann beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von
5,00 Euro (zzgl. Versand)
bezogen werden.

Wohneigentümerquoten in Europa (in %)

Spanien	78 (1999)
Irland	79 (1991)
Norwegen	78 (o.A.)
Griechenland	76 (1991)
Belgien	74 (1998)
Luxemburg	70 (1997)
Großbritannien	69 (1998)
Italien	68 (1991)
Portugal	64 (1998)
Finnland	60 (1998)
Österreich	56 (1998)
Frankreich	54 (1996)
Niederlande	52 (1999)
Dänemark	51 (1999)
Deutschland	41 (1998)
Schweden	39 (1990)
Schweiz	31 (1990)

Quelle: Stat. Bundesämter Deutschlands und der Schweiz, Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer 2000, Housing Statistics in the European Union 2000

Ansprechpartner:

Iris Rohrbach
Referat II 12
„Wohnungspolitische
Analysen und Berichte“
Tel.: 018 88 – 401 15 76
Fax: 018 88 – 401 12 19
E-Mail:
Iris.Rohrbach
@bbr.bund.de



ExWoSt



Das Heft kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 11,50 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

Auftragnehmer:

Institut für Stadt-
bauwesen und Stadt-
verkehr der RWTH
Aachen (ISB)
Mies-van-der-Rohe-
Straße 1
52074 Aachen
Tel.: 0241 – 802 52 00
Fax: 0241 – 802 22 47

Neue Urbanität auf alten Bahnflächen

Werkstatt: Praxis Nr. 5/2003

Am 02.10.2003 fand die Auszeichnung der Best Practices „Neue Urbanität auf alten Bahnflächen“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin, statt.

Soeben ist das Heft Werkstatt: Praxis 5/2003, das diese gelungenen Beispiele städtebaulicher Entwicklungen auf Bahnflächen dokumentiert und Handlungsanregungen gibt, erschienen.

Die „Entwicklung und Nutzbarmachung frei werdender oder frei gewordener Bahnflächen für den Städtebau“ ist schon länger im Gespräch und immer noch aktuell. In nahezu jeder Kommune mit Bahnanschluss befinden sich Bahnflächen, die nicht mehr für betriebliche Zwecke benötigt werden – wenngleich in unterschiedlichen Größenordnungen. Vielfach befinden sich diese Grundstücksareale in städtebaulich integrierten Lagen und stellen für die Stadtentwicklung wichtige Potenziale dar. So birgt z. B. die Entwicklung von Bahnbrachen in den häufig anzutreffenden innenstadtnahen Lagen erhebliche Chancen – aber auch Risiken – für die stadtverträgliche Entwicklung von Zentrenfunktionen.

Aus diesem Grund haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) die Studie „Städtebauliche Chancen und Risiken bei der Entwicklung von Bahnflächen“ vergeben und mit Mitteln des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) gefördert. Ziel war die Zusammenstellung, Typisierung und Bewertung von Nutzungskonzepten auf Bahnflächen in Form einer Best Practices Analyse.

Den Suchprozess nach Beiträgen hat der Auftragnehmer, das Institut für Stadt-
bauwesen und Stadtverkehr (ISB) der RWTH Aachen, über einen Projektauftrag „Vom Reißbrett aufs Gleisbett“ organisiert. Die In-

strumente und Rahmenbedingungen, die positive Entwicklungen befördern, wurden identifiziert. Als „Mittel zum Zweck“ wurden Handlungshinweise zum Umgang mit dem städtebaulichen Instrumentarium aufbereitet.

Projektauftrag „Vom Reißbrett aufs Gleisbett“

Von den unterschiedlichen Akteuren der Bahnflächenentwicklung, also von Gemeinden, Flächeneigentümern, Projektträgern usw. wurden 101 Projekte zum Projektauftrag gemeldet. Dabei reichte das Spektrum von Entwicklungskonzepten, die großräumige Stadtbereiche einbeziehen, bis hin zu einzelnen Bahnhofprojekten.

Die eingegangenen Projekte wurden aufgrund der Verschiedenartigkeit der Lage im Stadtgefüge und ihres räumlichen Kontextes zu Bahnflächen, der Vielschichtigkeit bei den Vorgehensweisen und den Finanzierungskonzepten nach verschiedenen Gruppen typisiert sowie anhand eines Fragenkatalogs vorgeprüft. In einer Expertenrunde, bestehend aus Vertretern von Ländern, Städten und Gemeinden, der DB AG, der Flächeneigentümer von Seiten des Bundes, der Immobilienwirtschaft, des BMVBW und des BBR sowie aus Experten für die Bodenwertermittlung, wurden 27 beispielgebende Projekte vorgestellt.

Von der Expertenrunde wurden insgesamt zwölf Projekte als Best Practices bzw. hervorzuhebende Beiträge identifiziert (siehe Übersicht nächste Seite).

Beteiligte Akteure der Bahnflächenentwicklung



Quelle: Institut für Stadt-
bauwesen und Stadtverkehr, Aachen 2002

Typen der Flächenentwicklung im gesamtstädtischen Kontext



Quelle: Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr, Aachen 2002

Aus einer vertiefenden Analyse der zusammengetragenen Projekte wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet. So komplex das Thema und das Spektrum der Beispiele, so vielseitig sind auch die Impulse und Anregungen zur Reaktivierung von Bahnflächen, nachzulesen in der Studie **Best Practices „Neue Urbanität auf Bahnflächen“** in der BBR-Schriftenreihe Werkstatt: Praxis Nr. 5/2003.

Fachveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse

Am 02.10.2003 fand im BMVBW eine Fachveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse statt. Im Rahmen dieser gut besuchten Abschlussveranstaltung ordnete der Parlamentarische Staatssekretär beim BMVBW, Achim Großmann, das Projekt in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ein. Diese zielt u.a. darauf ab, die Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha pro Tag im Jahr 2020 zu verringern. Mit den Beispielen zur Reaktivierung ehemaliger Bahnflächen werden Möglichkeiten des flächensparenden Strukturwandels im innerstädtischen Bereich aufgezeigt.

Bei dieser Veranstaltung wurden die Ergebnisse des Projektauftrags ausführlich vom Auftragnehmer der Studie sowie einzelnen Projektträgern inhaltlich skizziert. Alle ausgewählten Projekte wurden mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Die Präsentation schloss mit einer Podiumsdiskussion „Wie geht es weiter ...?“ mit Vertretern von BMVBW, der DB Services Immobilien GmbH, der BahnflächenEntwicklungsgesellschaft NRW und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Diese abschließende Debatte zeigte noch einmal, dass nach wie vor unterschiedliche Auffas-

sungen zu verschiedenen Facetten des Themas Reaktivierung von Bahnbrachen bestehen. Gleichwohl ist aber das Verständnis der verschiedenen Akteure untereinander und die Bereitschaft gewachsen, zusammen wirksame Wege eines stadtverträglichen Umbaus ehemaliger Bahnanlagen zu gehen. Seitens des BMVBW wurde aus städtebaulicher Sicht noch auf das aktuelle ExWoSt-Forschungsfeld „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtreionalen Flächennutzung“ hingewiesen, das die ganzheitliche Ausrichtung der Flächenpolitik im Sinne einer Kreislaufwirtschaft angeht und somit u.a. an das Bahnflächenprojekt innovativ anknüpft.

Ansprechpartner:

Mechthild Renner
 Referat I 2 „Stadtentwicklung und Bodenmarkt“
 Tel.: 018 88 – 401 23 23
 Fax: 018 88 – 401 23 56
 E-Mail:
 Mechthild.Renner
 @bbr.bund.de

Best Practices und hervorzuhebende Beiträge der Bahnflächenentwicklung	
Gruppe	Best Practices/hervorzuhebende Beiträge
Gesamtkonzepte mit Bezug zum Bahnhof	Best Practices Krefeld: Krefelder Promenade / Bahnhöfe / Entwicklungsareale Freiburg: Bahnhofszeile Freiburg
Städtebauliche Projekte mit Bezug zum Bahnhof	Best Practices Wetter (Ruhr): Innenstadt-Altweerter Warendorf: Bahnhof Warendorf Hervorzuhebender Beitrag Lutherstadt Wittenberg: Entwicklung Bahnhof / Bahnhofsumfeld
Städtebauliche Projekte mit Bezug zum Gleiskörper	Best Practices Berlin: Integriertes Flächenmanagement Block 9 Darmstadt: Die Knell Hervorzuhebender Beitrag Leipzig: Freiladebahnhof – Hauptbahnhof – Ost
Städtebauliche Projekte ohne räumlichen Bezug zum Bahnbetrieb	Best Practices Karlsruhe: Karlsruhe City Park Saarbrücken-Burbach: "aw hallen"
Projekte zum Erhalt von Gebäuden und Anlagen des Bahnbetriebs	Best Practice Schmilau / Ratzeburg: Kultur-Bahnhof Schmilau
Infrastrukturelle Projekte	Best Practice Peine: Kommunalen Bahnhof

ExWoSt: Stadtumbau West – 5 neue Pilotprojekte

Zunehmend leiden auch Städte und Gemeinden in Westdeutschland unter wirtschaftsstrukturellem Wandel und ungünstiger demografischer Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wurde 2002 ein ExWoSt-Forschungsfeld „Stadtumbau West“ initiiert mit dem Ziel der systematischen Auswertung von Stadtumbauprozessen in westdeutschen Kommunen. Die Arbeiten der ersten 11 Pilotstädte haben Ende 2002 begonnen und werden bis Ende 2006 andauern. Im Bundeshaushalt 2003 bereitgestellte Mittel ermöglichen die Aufnahme weiterer Pilotkommunen: Hamburg-Wilhelmsburg, Gelsenkirchen, Essen, Schwalm-Eder-Kreis (West) und Saarbrücken-Burbach sind die neuen im Feld. Die Konkretisierung ihres Projektprofils ist noch in 2003 vorgesehen.

Herausforderungen der Pilotstädte

Auch viele westdeutsche Städte haben in den letzten Jahren einen massiven wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen (Struktur-)Wandel vollzogen. Wirtschaftsstrukturell bedeutsam sind der Verlust an Industriearbeitsplätzen, das überregionale Verkehrsnetz als Standortfaktor für Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen und die Konzentration von Wachstumsprozessen auf wirtschaftsgeographisch bevorzugte Ballungsräume. Der soziale Wandel wiederum basiert neben den wirtschaftlichen Veränderungen auf sich verändernden Bevölkerungsstruk-

turen: Einwohnerzahlen nehmen ab und die Anteile von älteren Bewohnern und von Migranten nehmen zu. Räumliche Veränderungen sind gekennzeichnet durch kleinräumige Wanderungsbewegungen im Rahmen von Suburbanisierungsprozessen. Die Pilotstädte und -stadtteile im Stadtumbau West leiden in besonderem Ausmaß unter den Auswirkungen des wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Wandels.

Hinsichtlich der Ausgangssituation, der Problemfelder und Handlungsschwerpunkte lassen sich die Pilotprojekte jedoch insgesamt zwei großen Kategorien zuordnen: dem Bereich „Stadt/Ortsteil im Strukturwandel“ und dem Bereich „Wohngebiet im Wandel“. Die Pilotstädte und -stadtteile im Strukturwandel bewältigen eine massive Krise der für ihre Wirtschaftskraft dominanten Wirtschaftsbranche und suchen Lösungen für die daraus resultierenden städtebaulichen Problemlagen wie aufgelassene Industriebrachen, ungenutzte Einzelhandels- und Büroimmobilien sowie Wohnungsleerstände. Die Pilotstädte oder Pilotstadtteile des Typs „Wohngebiet im Wandel“ wiederum konzentrieren ihre Lösungssuche auf Fragestellungen, die mit der Wohnfunktion zusammenhängen. Dabei kann es sich sowohl um Strategien des Rückbaus wie der Modernisierung handeln.

Ausblick auf erste Ergebnisse

Zu den 11 Pilotstädten mit Start in 2002 erfolgt gerade eine systematische Bestandsaufnahme von Ausgangslage, Projektplänen und ersten Erfahrungen. Während derzeit noch im Mittelpunkt der Auswertungsarbeiten der Vergleich der Rahmenbedingungen der Pilotstädte und ihre Herausforderungen stehen, werden bis zum voraussichtlichen Ende des Forschungsfeldes im Jahr 2007 schrittweise Strategiebewertungen und Würdigungen der Einsatzfähigkeit des bestehenden städtebaulichen Instrumentariums für die Bewältigung von Schrumpfungprozessen in den Vordergrund rücken. Im ExWoSt-Forschungsfeld ist schon während der Laufzeit ein Transfer der Pilotstadterfahrungen vorgesehen:

- www.stadtumbauwest.de ist das Internetportal des Forschungsfeldes.
- Ein Startforum fand mit fast 250 Teilnehmern am 5. Mai 2003 in Bremen statt.
- Die Auftaktbroschüre erschien im Mai und ist noch in Einzelexemplaren erhältlich.

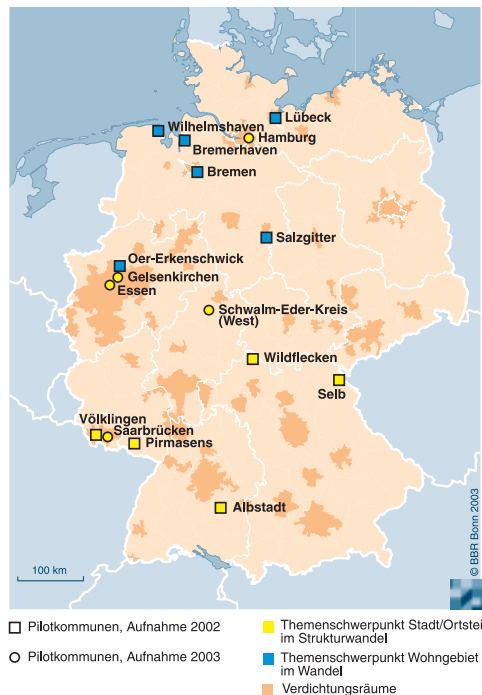
Ansprechpartner:

Evi Goderbauer
Referat I 2 „Stadtentwicklung und Bodenmarkt“
Tel.: 018 88 – 401 23 19
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail:
Evi.Goderbauer
@bbr.bund.de

Forschungsagentur
Stadtumbau West
c/o FORUM GmbH
Donnerschwer Str. 4
26123 Oldenburg
Tel.: 0441 – 980 5922
Fax: 0441 – 980 5918

Bezug der Auftaktbroschüre
E-Mail: info@forum-oldenburg.de

Übersicht über die Pilotprojekte im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West



3stadt2 – Halbzeit im ExWoSt-Forschungsfeld – Auch ein Blick über den Tellerrand

Im Forschungsfeld „3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“ ist ein weiterer Meilenstein in Sicht: Am 31.12. dieses Jahres läuft die Experimentierphase in den fünf Modellstädten aus – die Projektforscher vor Ort erarbeiten ihre Abschlussberichte, so dass im Januar 2004 die Querauswertung der Praxiserfahrungen beginnen kann.

Die Projektfortschritte in den Modellstädten sind ganz unterschiedlich. Sie hängen nicht zuletzt von den stadtoökonomisch aber auch von den makroökonomisch bekanntermaßen schwierigen Umfeldbedingungen ab. Details zu den städtebaulichen Entwicklungen der Modellprojekte sind auf den neu gestalteten ExWoSt-Seiten unter www.exwost.de aufbereitet.

Forschungsfeldfahrplan "3stadt2"				
	Arbeitsschritte	Termin	Form	Akteure
	3. Projektwerkstatt	25./26.09.2003	Werkstattsit-zung	BMVfW, BBR, FIRU, Modellvorhaben
	Var-Ort-Besuch der Modellvorhaben	09-10/2003	Arbeits-sitzung	Modellvorhaben, FIRU
	2. Zwischenbericht Forschungsassistenz	15.11. 2003	Bericht	FIRU
	Endbericht Modellvorhaben	31.12.2003	Bericht	Modellvorhaben
	4. ExWoSt Info	01/2004	Publikation	FIRU, BBR
	1. Entwurf Endbericht Forschungsassistenz	31.03.2004	Bericht	FIRU
	Var-Ort-Besuch der Modellvorhaben	04/2004	Arbeits-sitzung	Modellvorhaben, FIRU
	5. ExWoSt Info	06/2004	Publikation	FIRU, BBR
	2. Entwurf Endbericht Forschungsassistenz	30.06.2004	Bericht	FIRU
	6. ExWoSt Info	09/2004	Publikation	FIRU, BBR
	Endbericht Forschungsassistenz	30. 09. 2004	Bericht	FIRU

Ebenfalls in den virtuellen Räumen von „3stadt2“ sind die Arbeitsergebnisse der 3. Projektwerkstatt nachzulesen, die am 25. und 26. September in Lübeck stattfand. Ein Schwerpunkt dieser Veranstaltung lag in der Diskussion des umfassenden Kooperationsansatzes von „3stadt2“ mit Vertretern der Immobilienwirtschaft.

Im Forschungsfeld „3stadt2“ konzentrieren sich die Analysen auf praktizierte Kooperationsprozesse und ihre Beurteilung gegenüber den sog. „traditionellen“ oder „klassischen“ Planungsverfahren. Hier schreiten die Arbeiten gut voran – insbesondere die Trennung von Prozess- und Ergebniszielen bedeutet eine große Hilfe bei der quantitativen Analyse der Kosten der gewählten Kooperationsansätze.

Neben dem intensiven Studium der fünf Modellvorhaben, der Beschäftigung mit Fra-

gen von Erfolgskontrolle, Effizienz und Indikatoren oder der Definition des Mehrwertes ist auch ein Blick über den Tellerrand des engeren Forschungszieles sinnvoll, um das Forschungsfeld in den Kontext aktueller Rahmenbedingungen für die Städte zu stellen.

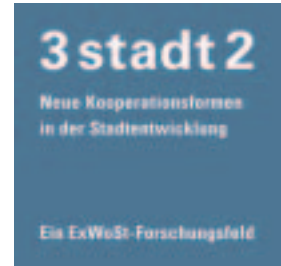
Auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, öffentliche Aufgaben trotz stark beschränkter Handlungsspielräume des Staates weiterhin verantwortungsvoll zu erfüllen, rücken Instrumente einer gemeinsamen Aufgabewahrnehmung durch Staat, Bürger und betroffene Interessengruppen in ein neues Licht. Gerade im Bereich der **Standortprofilierung** ist davon auszugehen, dass die Interessen von Wirtschaft und Kommunen genügend Berührungspunkte aufweisen, um neue Formen der projektbezogenen Zusammenarbeit – auch unter Einbeziehung von Bürgern und Betroffenen – zu initiieren und auszugestalten. So liegt es nahe, **neue Ausprägungen von PPP** insbesondere in der Erweiterung der Kommunikationsstrukturen zu suchen. Statt bilateraler Kommunikationsstrukturen zwischen Politik und Wirtschaft, Politik und Bürgern sowie Bürgern und Wirtschaft entsteht eine trilaterale Kommunikation zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgern.

Dieser Einblick in neue Kooperationsformen belegt: Sie sind kein Spezialthema, sondern ein Stück Alltagsrealität in der Stadtplanung, um die anstehenden Problemlagen zufriedenstellend und zukunftsfähig zu bewältigen. Es ist festzuhalten:

Die Permanenz der Probleme und Veränderungen zwingt zur professionellen Profilierung der Akteure in ihrer Stadt und zu neuen Formen des Zusammenarbeitens.

Vor diesem Hintergrund erhält die Diskussion um neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung zwischen öffentlicher Hand, Wirtschaft und Bürgern einen konkreten umsetzungsorientierten Stellenwert. So zeigen sich zentrale Fragestellungen des Forschungsfeldes „3stadt2“ hoch aktuell:

- Neue Kooperationsformen – Notgemeinschaften zur Problemlösung oder integrale Bestandteile eines neuen Modells gemeinsamer Zukunftsgestaltung?
- Neue Kooperationsformen – Ein Beitrag zu Bürokratie- und Hemmnisabbau?
- Standortstärkung durch Kooperationen zwischen öffentlicher Hand, Wirtschaft und Bürgern?



Ansprechpartner:

Dr. Peter Jakobowski
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 22 43
Fax: 018 88 – 401 22 60
E-Mail:
Peter.Jakubowski
@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F**Verantwortlich**

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Dienstleistungszentrum Druck im BBR

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr. Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 5/ 2003 – Oktober

ISSN 1434 – 9590

Neuer Internetauftritt www.exwost.de

Seit dem 1. September 2003 präsentiert sich das Bundesforschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) im Internet unter www.exwost.de. Neu ist, dass im Hauptmenü unterschieden wird zwischen

- Forschungsprojekten mit Modellvorhaben (Forschungsfelder), in denen innovative Lösungsstrategien erprobt werden,
- Fachgutachten, in denen Themen für potenzielle Modellvorhaben überprüft bzw. inhaltliche Bausteine für Initiativen des Bundes erarbeitet werden und
- Fachveranstaltungen, die auf die Fachöffentlichkeitsarbeit zielen.

Auf einen Blick wird ersichtlich, welche Projekte derzeit laufen bzw. abgeschlossen sind. Alle Broschüren und Dokumentationen zu ExWoSt-Projekten, die beim BBR bestellt werden können, sind in der Rubrik „Bestellservice“ zu finden. Die Publikationen sind dort in der Regel mit Kurzbeschreibungen dargestellt.

Für Ende Oktober ist die erste Ausgabe des ExWoSt-Newsletters geplant. Sie wird Sie über

- aktuelle Ergebnisse
- neue Beiträge im Netz
- Ausschreibungen
- geplante Veranstaltungen
- neue Publikationen aus dem ExWoSt

informieren. Der ExWoSt-Newsletter wird vierteljährlich erscheinen und kann unter www.exwost.de (kostenlos) abonniert werden.

Bis Mitte des nächsten Jahres werden wir auch die Internetseiten der anderen Ressortforschungsprogramme grundlegend überarbeiten bzw. neu ins Netz stellen. Dabei möchten wir vom Internetauftritt www.exwost.de lernen. Ihre Meinung, Anregung und Kritik interessiert uns!

Ansprechpartner:

Dr. Karin Veith

Referat I 7 „Wissenschaftliche Dienste“

E-Mail: Karin.Veith@bbr.bund.de

